



FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

30.07.2015

Pressemitteilung Nr. 17-607

Schminke: Staatliche Hilfe für K+S nur mit strengen Auflagen

„Kali und Salz (K+S) muss bei der Standortsicherung geholfen werden, aber nur unter strengen Auflagen“, erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Ronald Schminke zum Bietergefecht um den Konzern. „Ich bin dafür, dass Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel alle Register einer staatlichen Rettungsaktion zieht. Aber dafür muss es im Gegenzug auch von Kali und Salz konkrete Zusagen zur Anwendung moderner Technik in allen Produktionsprozessen geben“, macht Schminke deutlich.

Es gebe nun die einmalige Chance, wirtschaftliche Standort- und Arbeitsplatzsicherungen mit der Einhaltung von Umweltstandards zu verbinden. „In der Berichterstattung der vergangenen Wochen konnte der Eindruck entstehen, als wäre der Kasseler Konzern ein Vorreiter in Sachen Umweltschutz. Exakt das Gegenteil ist bisher nachweislich der Fall gewesen“, betont der SPD-Politiker Schminke.

Schminke: „Mit dem umweltpolitisch skandalösen Vier-Phasen-Plan zeigte der Konzern sein wahres Gesicht und genau hier muss jetzt angesetzt werden. Der politisch hochgradig umstrittene Plan muss sofort aufgegeben werden. Grundvoraussetzung für staatliche Hilfen muss endlich die Bereitschaft des

Vorstands von K+S sein, ein Gutachten zur Anwendung moderner Vermeidungstechnik durch die Sondershäuser K-UTEK in Auftrag zu geben.“

Die Verweigerung des Kalikonzerns für eine längst verfügbare Vermeidungstechnik müsse beendet werden. Neben einer grundsätzlichen Prüfung im Bundeswirtschaftsministerium, ob der Staat überhaupt eingreifen könne, sei nun auch das Bundesumweltministerium gefordert, schnellstmöglich einen Forderungskatalog mit wichtigen Umweltzielen als unabdingbare Gegenforderung aufzulisten.

Schminke: „Wirtschaftliche Hilfe durch den Staat muss nachvollziehbar sein. Der Staat will saubere Flüsse und unbelastetes Trinkwasser. Der Vorstand von K+S sollte sich verpflichten, geltendes Umweltrecht einzuhalten, weil dies meiner Meinung nach eine Grundvoraussetzung für staatliche Hilfen sein muss.“